

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spediteur entgegengenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 96 Pf., monatlich 66 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 96 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 3 Rm. 66 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

# Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgepalte Zeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgepalte Zeile oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Name-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

### Inhalt.

Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin. Wer ist Unruhstifter? Deutscher Reichstag. Politische Uebersicht: Nachträgliches zum Armin-Prozess. — Die „Volkszeitung“. — Arbeiter-Pensions-Kassen. — Die Strafgesetze-Novelle. — Zur Socialistenhege. — Aus der Schweiz. — Aus Belgien. — Norwegen. Correspondenzen: Leipzig. — Karlsruhe. — Soffenheim. — Offen. — Regl. — Berlin. — Gießen. — Hamburg. — Speyer. Sprechsaal. Vermischtes. Feuilleton: Ueber die Kost in den öffentlichen Anstalten. (Fortf.)

### Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin.

Wiederholt schon ist in diesem Blatte auf die Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei und deren Bedeutung betreffs Förderung der Arbeiter-Interessen hingewiesen. Dies ist geschehen, um keinen unserer Freunde über die Tragweite dieser Association im Unklaren zu lassen.

Die Leiter der Druckerei sagten sich, es sei Pflicht ihrer Gesinnungsgenossen, mit ihnen gemeinsam zur festen und dauernden Begründung des „Neuen Social-Demokrat“ zu handeln. Nachdem alle Bedenken, welche gegen das ursprüngliche Statut der Druckerei hier und da bestanden, durch die im August stattgehabte außerordentliche General-Versammlung gehoben worden sind, giebt es jetzt nur eine Parole: Tretet ein in die Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei, um auch auf der durch sie betretenen Bahn der Arbeiter-Agitation eure Schuldigkeit zu thun!

Seit Mitte September ist die Druckerei eröffnet; bis jetzt ist eine Schnellpresse in derselben aufgestellt; die zweite, und zwar eine doppelte, wird Ende d. Mts. gleichfalls in Gang gesetzt. Nicht weniger als vier Arbeiterblätter werden vom 1. Januar an in der Association gedruckt werden, abgesehen von allen übrigen Aufträgen, welche der Druckerei aus den Kreisen unserer Gesinnungsgenossen und der Gewerkschaften schon jetzt stetig zugehen.

Das Geschäft ist von vornherein derartig organisiert worden, daß es den Ansprüchen, welche in Berlin an ein solches Unternehmen mit Hinweis auf die fortschreitende Arbeiterbewegung gestellt werden, zweifellos zu genügen vermag. Um jedoch den Rahmen der gegebenen Organisation vollkommen auszufüllen, d. h. die Mittel zur lebhaften Betätigung der Organisation in die Hand zu nehmen, ist es nöthig, das erforderliche Betriebskapital ohne Högern durch Gewinnung von Mitgliedern oder durch Unterbringung von Antheilsscheinen zu beschaffen. Jeder, der sich seiner Pflichten gegen das von seinen Gesinnungsgenossen begonnene Werk bewußt und sie zu erfüllen im Stande ist, lasse sich daher in die Associations-Buchdruckerei aufnehmen.

Wir haben dafür gesorgt, daß an hundertern von Orten Gelegenheit ist, die Statuten zu unterzeichnen und die Monatsraten auf den Antheilsschein zu entrichten. Wer sich direkt aufnehmen lassen will, der wende sich an den Kassirer der Associations-Buchdruckerei, S. Radow, Berlin SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Ein Antheilsschein kann erworben werden entweder durch einmalige Zahlung von 30 Mark, durch vierteljährliche Ratenzahlungen von 1 Mark 50 Pf., oder durch halbjährliche von 3 Mark.

Jeder Antheilsschein, deren ein Mitglied zehn Stück erwerben darf, ohne jedoch mehr als eine Stimme in der General-Versammlung zu haben, beträgt 30 Mark. Wir ersuchen unsere Freunde, für die wirksame Verbreitung dieses Auftrages nach Kräften einzustehen.

Hamburg, 12. November 1875.

Der Aufsichtsrath:

J. A.:

August Geib, Köbingsmarkt 12.

Carl Derossi, Pferdemarkt 37 III.

### Wer ist Unruhstifter?

Wenn in einem freien Lande die Staatsbürger über ihre und des Landes Angelegenheiten berathen, so gelten sie nicht nur als Ausüßer ihres Rechtes, sondern einer Pflicht. In dem Worte, welches in der Versammlung gesprochen wird, erkennt man nicht die Meinungsäußerung eines der Gesetzgebung fernstehenden, sondern den Willen des Volkes, welcher zur Nachachtung den Lenkern des Staates kundgegeben wird. Dadurch, daß das Volk in Versammlungen eine freie Kritik des herrschenden Systems ausübt, ist anerkanntermaßen die einzige Gewährleistung gegeben für gründliche Aufklärung Aller über das Staatswohl, sowie für Abstellung aller Mißbräuche auf friedlichem und gesetzlichem Wege.

Wenn aber in einem Lande ohne wahrhafte Freiheit — und wir stehen nicht an, Deutschland für ein solches

großes National-Zuchthaus zu halten — das Volk von seinem Versammlungsrecht Gebrauch machen will, dann wird diese Erfüllung der Bürgerpflicht von vorn herein schon als halbe Rebellion betrachtet. Jeder Redner, welcher das Wort ergreift, sieht gewissermaßen schon in dem Verdachte, ein Verbrechen begehen zu wollen. Wie ein Zuchthändler nach seiner Entlassung unter Polizeiaufsicht gestellt ist, sich melden und sein Thun und Treiben überwachen lassen muß, da man ihn zu jeder Schandthat für fähig hält — nicht viel besser ergeht es dem unbescholtenen Ehrenmanne, der vor der Öffentlichkeit die Staatsangelegenheiten behandeln will; es ist ihm verwehrt über den Staat zur Versammlung zu sprechen, sofern nicht behelmt und besäbelt der Wächter des Gesetzes neben ihm thronet. Und den Versammlungen mündiger Staatsbürger gegenüber wird nicht die Erwartung gehegt und dem entsprechend Vorkehrung getroffen, daß sie gewichtige Rathschläge für die Staatsverwaltung aussprechen, sondern die „Sicherheitsmaßregel“ zur Auflösung der Versammlung, im Falle einer möglicherweise ungeseglichen Haltung derselben, ist der maßgebende Gesichtspunkt.

Mit einem Worte, wenn sich Staat und Staatsbürger unter der Herrschaft der Freiheit begegnen, so gilt die Versammlung des Volkes als Rathgeberin, sie wird geachtet und von vorn herein erwartet man von ihr Thaten für das allgemeine Beste, dort, wo die Freiheit aber gewichen ist, herrscht die Furcht vor dem Volke vor, das Schlimmste wird gemuthmaßt und auf Rüstung gegen etwa „mögliche“ Gesetzesverstöße läuft alsdann das Dichten und Trachten der hohen Politiker hinaus.

Für welches System sollen wir uns da begeistern? Sollen wir das Volk für vernünftig und rechtlich halten und Freiheit auf's Panier schreiben, oder sollen wir mit dem bekannten Volksvertreter bei der Menschheit schlummernde bestialische Gelüste voraussetzen und nur auf Zaum und Sporn bedacht nehmen, voll Furcht, daß das Volk „wider den Stachel lödt“? — Wahrlich, wenn die Frage nur richtig gestellt wird, dann bedarf es gar keiner Antwort; denn Freiheit allein wird als Lösung aus Aller Mund erschallen.

Nur durch sonderbare diplomatische Spitzfindigkeiten und Trugschlüsse kann Knechtschaft der Menschheit befürwortet werden. Lächerlich ist es, im Menschen einen der Kultur und Gemeinschaft gefährlichen Trieb als überwiegend anzunehmen und dieshalb für Schranken der Volksbewegung einzutreten, denn wenn ein solches böses Prinzip im Menschen überwölge, so könnte die Menschheit überhaupt nicht existiren. Es erübrigt also nur, die Menschheit in Klassen zu theilen und von gutgesinnten und böswilligen Klassen zu reden. Und das ist allerdings der Grund, der, billig wie Brombeeren, erhalten muß, so bald die Freiheit belämpft wird.

Der Mensch ist im Allgemeinen gut, die Klasse, resp. die große Volksmasse, ist böshaft — so heißt es. — Eine herrliche Weltanschauung unserer Spießbürger! — Einst, zur Zeit der großen französischen Revolution, sprach ein eingesehener Aristokrat: „Der Bürgerliche ist einzeln ein recht brauchbares Arbeitsthier, in Masse ist er „Pöbel“, eine reißende Bestie. Wenn wir nun heutzutage das Urtheil unserer Spießbürger über Arbeiter, socialistische Volksversammlungen, Auflösungen, Verhaftungen, kurz über alle jene bekannten Vorgänge der Arbeiterbewegung vernehmen, dann lautet es buchstäblich ebenso. Das persönliche Interesse, die Feigheit und Denkschwäche führen unwillkürlich den Philister zu der stupidesten Angstmißhelei und Verleugung der neuen frischen That des modernen Simson, des Proletariats.

Mit einem Wort läßt sich dieses Käuzchengeschrei zum Verschlingen bringen: Jede Vielheit einzelner Menschen trägt den Durchschnitts-Charakter des Einzelnen. Eine Klasse von Verbrechern ist feindlich der Gesamtheit, eine Clique von „Grändern“ ist gemeingefährlich für den Staat, weil das einzelne Individuum selbst gemeinschädlich ist. Aber nie kann die Gesamtheit redlicher, die wahre Volkskraft darstellender Arbeiter, das arbeitende Volk, etwas anderes sein, als die wahre Stütze des Gemeinwesens. Die Arbeiterklasse als „gefährlich“ darzustellen ist ein Hohn auf jede Logik, und damit fallen alle Vorbeugungs-Maßregeln und Sicherheits-Vorkehrungen gegenüber der freien Bewegung des Volkes in ein Nichts zusammen. Fesseln dem Volke anlegen ist unlogisch und auf die Dauer unnütz.

Wer sich solchen Hirngespinnsten hingiebt, und mancher Philister thut dies, der glaubt, daß er das Staatswohl gegenüber dem Volkswillen vertheidigen müsse, aber er blickt durch die trübe Brille des Klammenvorurtheils und schreit nach Polizeimaßregeln gegen den Volkswillen und das Staatswohl zugleich, zu Gunsten seines eigenen staatsgefährlichen Sonderinteresses.

So ist denn die „Ordnung“, welche der Philister angeblich gegen das Volk vertheidigen will, nur „Unordnung“, und der Schutz dieser „Ordnung“ führt nur zur Konfusion. Die „Unruhstifter“, als welche die Volksredner und das Volk selbst in der trüben Brille erscheinen, sie bezwecken gerade eine gute staatliche Ordnung im wahren Sinne des Wortes!

Wir haben uns bis jetzt enthalten, Beispiele aus dem Leben zu bringen, und nur theoretische Sätze entwickelt. Längnet man ihre Wahrheit aber etwa, dann können wir sie jederzeit durch eine Legion praktischer Beweise erhärten.

Hier zum Schluß ein solcher in Betreff der Vorbeugungsmittel gegen „Mißbrauch des Versammlungsrechts“ in Altona:

Der Parteifreund Bahlteich redet dort in einer Volksversammlung und spricht folgende Worte:

„Die Gründe, welche in den Motiven zur Strafgesetze-Novelle für die sittliche Verrohung eines großen Theils des Volkes angegeben werden, treffen nicht zu. Thatsache aber ist und die Statistik beweist, daß seit den letzten Kriegen die Sitte und Moral im Volke schwer gelitten hat.“

Der überwachende Polizist meint, der Staat sei in Gefahr — nicht durch den Krieg, sondern durch den Redner — zur „Vorbeugung“ der Gefahr löst er die Versammlung auf. Mühsam wälzt sich die Masse durch die Thür und auf der Straße kommen im Gedränge einige Verhaftungen vor.

Da schreit die ganze Spießbürgerwelt: Der Staat ist in Gefahr durch die Unruhstifter, die bösen Socialisten! Und in allen Berliner Zeitungen liest man jetzt, daß durch ein „Bombardement mit Cigarrenstummeln“ — welches natürlich erlogen ist — die Socialisten zu Altona den Kampf gegen die „Ordnung“ begonnen hätten.

O sancta simplicitas! O heilige Einfalt, die Du Scheiterhaufen bauest für die Wahrheit!

Wie ist es eine schärfere Verurtheilung jenes Systems der Unfreiheit, in welchem die Furcht vor dem Volke die Hauptrolle spielt? —

### Deutscher Reichstag.

In seinen Sitzungen vom 9. und 10. November beschäftigte sich der Reichstag — wie wir schon kurz in unserer letzten Nummer andeuteten — mit der Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, welches die Gründung und Verwaltung des Invaliden-Fonds betrifft.

Es ergreift zuerst der Abgeordnete Windhorst das Wort: Ich habe den Invaliden-Fonds bei seiner Gründung als einen politischen und wirtschaftlichen Fehler bezeichnet, die Ereignisse haben bewiesen, wie sehr ich Recht hatte. Heute sage ich, wir werden einen politischen und wirtschaftlichen Fehler begehen, wenn wir ihn fortbestehen lassen. Man muß den Männern, die ihr Leben und ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben, gerecht werden; aber davon verschieden ist die Frage, ob man die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Invaliden zu einem solchen von dem Reiche verwalteten Fonds vereinigen soll. Das Vorhandensein so bedeutender Fonds in den Händen des Staates ist politisch bedenklich, weil dadurch ein Druck nach den verschiedensten Seiten hin geübt werden kann, welcher auf die freie Entwicklung der Staaten, der Communen, der Einzelnen sehr nachtheilig einwirken kann. Wie sehr durch das Vorhandensein eines solchen vollen Geldbeutels die Vorsicht in der Behandlung der Dinge leicht Schaden leiden kann, braucht man Niemandem zu sagen, der weiß, welche Macht der Besitz des Geldes hat und welche Versuchungen das Verwahrsein verursacht, so viel Geld in der Tasche zu besitzen. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus soll der Staat nicht derartige Kapitalien aufspeichern, sondern sie in die Hände der Unterthanen legen, von denen solche Fonds vorsichtiger verwaltet werden, als dieser Fonds verwaltet worden ist. Deshalb würde Fortbestehenlassen desselben ein wirtschaftlicher und politischer Fehler sein. Die der Aufhebung entgegenstehenden Schwierigkeiten sind nur scheinbare.

Abgeordneter Bamberger: Der Gesetzentwurf beschäftigt sich mit zwei Dingen, wovon das eine, welches sich auf den Ankauf auswärtiger Papiere und Schatzscheine bezieht, hier nur eine ganz untergeordnete Wichtigkeit zu haben scheint. Denn wenn wir den Termin für die Veräußerung der Prioritäten verlängern und gestatten, daß gewisse auswärtige Effecten, die im Invaliden-Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klausel, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effecten für diesen Invaliden-Fonds zu kaufen, vorerst ein ganz todtler Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußerlich? Ich bin der Meinung, daß, wenn wir sie zu dem heute notirten Course loszuschlagen könnten, es vielleicht ganz rathsam wäre, es zu thun, daß wir aber, wenn wir dies versuchen wollten, einen sehr bedeutenden Rückgang dieser Papiere verursachen würden, und daß es eben besser ist, die Sache nicht zu thun. In diesem Punkte sind wir also einig. Ich will damit nicht behaupten, daß es ganz unmöglich sei, sich ohne kolossale Verluste oder eine kolossale Panik von der Sache loszumachen. Es ist sehr wohl möglich, wie auch immer die Verhältnisse im Reiche stehen, fünfzig oder sechzig Millionen Thaler Prioritäten, die in sich solid sind, die, wie ich glaube, immer ihren Zins geben werden, auf irgend eine Weise, durch eine

Verabredung, durch einen Accord so los zu werden, daß sie augenblicklich nicht gedrückt werden und daß dafür bis zum Jahre 1876 Geld zu haben ist. Man braucht keine Finanz-Capacität zu sein, um einen Plan zu finden, der das erndliche wird, und gerade weil die Sache nicht so furchtbar schwer ist, deswegen können wir uns um so ruhiger darüber besprechen, ob wir lieber den Termin noch hinausrücken oder die Sache zur Erfüllung bringen sollen. Es war überhaupt ein Fehler, die Prioritäten zuzulassen in diesen Anlagen. Zunächst waren die Prioritäten von Vielen, darunter auch von mir, als definitive Veranlagung vorgeschlagen, deren Negotiabilität in großer Masse im gegebenen Moment durchaus nicht in Sprache kam. Zum zweiten war damals sofort auch ein längerer Termin in Anspruch genommen. Die Hauptsache aber ist: war denn die Sache bei der Ausführung in quall und quanto, wie sie ausgeführt ist? Da muß ich mich denen, welche die Ausführung kritisierten, bis zu näherer Aufklärung anschließen. Wir haben z. B. bei der Diskussion davon gesprochen, welchen Vorzug z. B. gerade die auswärtigen Papiere für diesen Zweck hätten. Die Reichs-Regierung war dieser Ansicht und hätte auch im Laufe der Ereignisse immer mehr dieser Ansicht werden müssen. Was hat nun die Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds gethan? Sie hat im Ganzen gekauft nach den Berechnungen, die im ersten Jahre, also 1874, gemacht wurden: für den Invaliden-Fonds für etwa 50 Millionen Carl auswärtige Papiere, für den Festungsbau-Fonds gar keine, für den Parlamentsbau-Fonds für 9 Millionen — zusammen für 59 Millionen. Dagegen hat sie an nicht garantirten Papieren gekauft: für den Invaliden-Fonds 205, für den Festungsbau-Fonds 104, für den Parlamentsbau Null — macht 309 Millionen. Ich finde darin ein großes Mißverhältniß; noch mehr aber wundere ich mich, daß in der Reichs-Kasse-Ablage, die wir besitzen, gar nicht die Rede ist von der Anlage in Wechseln, die meiner Ansicht nach außerordentlich empfehlenswerth und auch nützlich gewesen wäre. Es ist also nicht zu bestreiten, daß in einer nicht zu billigen Weise sich die Invaliden-Fonds-Kommission concentrirt hat auf die Anschaffung von nicht garantirten Prioritäten. Sodann fragt es sich, ob in diesen Dingen eine richtige Auswahl getroffen ist. Auch hier muß ich befürchten, daß es nicht geschehen ist. Man hat uns nicht gesagt, an welchem Datum die verschiedenen Operationen gemacht und zu welchem Preise gekauft wurde.

Ich bin keine Finanzkapazität, aber wie ich die Dinge ansehe, glaube ich nicht, daß die jetzigen Zustände bis 1880 sich bessern werden; ich wünsche, daß sie bis dahin nicht viel schlechter werden. Will man also deswegen den auf den 1. Juli 1876 festgesetzten Termin der Realisirung der vor dem 1. Juli 1875 erworbenen Prioritäts-Obligationen deutscher Eisenbahn-Gesellschaften aufheben, so hebe man ihn ganz auf und verschiebe ihn nicht auf das Jahr 1880. Die Behauptungen unserer Finanzkapazitäten werden für mich von jetzt ab gar keine Bedeutung mehr haben. Der § 2 ist eine verüßte Entschuldigung für vergangene Sünden. Nach § 3 soll zur Wahrnehmung der der Reichsschulden-Kommission durch das Gesetz übertragenen Geschäfte der Bundesrath zwei und der Reichstag drei Stellvertreter wählen. Der Mann, der die Kontrolle ausübt, muß das Ganze immer vor Augen haben, eine Stellvertretung ist da eine Thorheit, zumal ein Mitglied, dem etwas sehr Fatales passiert ist, leicht krank werden könnte, um einem Stellvertreter Platz zu machen; solche Erkrankungen finden wir ja bei sehr hochstehenden Leuten (Heiterkeit). Ich schlage aus allen diesen Gründen Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern vor, die allerdings wegen Mangel des Materials zur Prüfung nicht sofort an die Arbeit wird gehen können. Vor Allem ist ein Bericht der Reichsschulden-Kommission nöthig; daß ihr Bericht aus dem Jahre 1874 nicht zur Verathung gekommen ist, ist allerdings Schuld des Reichstages. Wir haben zwar schon stumme Schulinspektoren, aber stumme Finanzinspektoren kenne ich noch nicht; vielleicht erfindet man sie jetzt. Ein Theil der im Invalidenfonds angelegten Papiere genügen nicht zu einer pupillari-schen Sicherheit, ja können vielleicht Speculationspapiere genannt werden. Kann man den gestrigen Börsenkurs dafür bekommen, fort mit ihnen! Ist man einmal in Kapitalverlust, dann möglichst rasch Schicht gemacht! Die Kommission wird zu fragen haben: Wann sind diese Papiere gekauft worden? Von wem sind sie gekauft worden? Welche Benutzungen hat die Verwaltung angestellt, um sie bei den herannahenden schlechten Verhältnissen wieder los zu werden? Wer sind die Reichsbankiers? Dann wird Klärung in die Dinge kommen. Eine solche muß man schon im Interesse aller Derer wünschen, die beschuldigt worden sind.

Abgeordneter Richter (Hagen): Den Invalidenfonds habe ich nie für eine rationelle Einrichtung angesehen und die Gründe dafür ausführlich im Jahre 1873 dargelegt. Da damals keine

Aussicht vorhanden war, die Bildung des Invalidenfonds zu verhindern, so glaube ich taktisch richtig zu verfahren, wenn wir denselben möglichst wenig schädlich zu gestalten suchten, was unserer-seits nicht ohne Erfolg geschehen ist. — Der Abgeordnete Windthorst würde kein Bedenken tragen, mit Anträgen für Auflösung des Invalidenfonds hervorzutreten. War es damals unmöglich, die Bildung dieses Fonds zu verhindern, so halte ich es heute für rücksichtslos, dieselbe rückgängig machen zu wollen. Eine andere Frage ist ja die, ob der Invalidenfonds für seine gegenwärtigen Zwecke nicht zu hoch bemessen ist. Als ich im vorigen Jahre bei der ersten Verathung des Budgets hier darauf spielte, wurde mir gerade vom Herrn Abgeordneten Windthorst eine wenig ermunternde Abfertigung zu Theil. Er besagte zwar auch, daß man damals den Invalidenfonds gegründet und zuviel dafür zurückgelegt habe. Ich glaube, die Wahrheit liegt hier in der Mitte. Ich sehe nicht ein, warum nicht auch die Abänderung des ersten und letzten Paragraphen in Frage gezogen wird. Wenn wir einen Termin in diesem Gesetze herausrücken sollen, so sehe ich nicht ein, warum wir nicht einen anderen Termin in diesem Gesetze vertragen sollten. Das Jahr 1879 ist nämlich als dasjenige verzeichnet, in welchem zuerst die Bilanz aufzustellen ist über die Einnahmen und Ausgaben des Invalidenfonds. Wenn derselbe viel zu hoch bemessen ist, so braucht man darum noch nicht vorzuschlagen, einige Millionen davon unter die Einzelstaaten zu vertheilen, viel näher läge der Gedanke, auch die Invaliden der Jahre 1864 und 1866 auf den Invalidenfonds anzuweisen. Meine Herren, die Thatsache, daß in dem Invalidenfonds circa 40 Millionen Thaler zu viel liegen, mag für den Herrn Abgeordneten Windthorst jedenfalls ein Moment abgeben dafür, daß es mit der Finanzlage des Reiches nicht so schlecht bestellt ist, wie er annimmt. — Ich muß es mit den beiden Herren Vorrednern beklagen, daß uns seit Februar 1874 kein Bericht über den Invalidenfonds zugegangen ist. Wir wissen nicht, was im Festungsbaufonds und in den anderen Fonds, die mit dem Invalidenfonds im Taufschwerte stehen, liegt, wir kennen nicht die darin liegenden einzelnen Sorten von Papieren. Der Jahresbericht pro 1874 hätte jedenfalls zu Beginn dieser Session vorgelegt werden müssen.

Was die Sache selbst betrifft, so erkläre ich mir die Regierungsvorlage wesentlich aus der taktischen Regel, wonach die beste Deckung der Angriff ist. Anstatt sich zu rechtfertigen über das Gesehene, greift man das System an, auf dem das Gesetz des Invalidenfonds im Jahre 1873 hier aufgebaut worden ist. Wenn Hr. Dr. Bamberger meinte, die Verlängerung des Termins sei schon damals als wahrscheinlich vorausgesehen worden, und sich dabei auf mich bezog, so muß ich diese Berufung entschieden ablehnen. Ich erkläre damals: Wenn wir überhaupt solch einen Termin zulassen, ist es nicht etwa unsere Absicht, daß die Gelder vor diesen Termine vorwiegend in anderen als Staatspapieren angelegt werden, so daß man etwa vor Ablauf dieses Termins diese Papiere veräußert, sondern wir wollten gerade durch kurze Termine der Verwaltung die Direktive geben, schon jetzt so viel als möglich in Staatspapieren anzulegen und sich nicht durch kleine Vortheile an Zinsen von dieser Richtung ablenken zu lassen. Nun behauptet die Regierung, es sei unmöglich gewesen, diese Direktive zu befolgen. Ich schalte mich in Bezug auf diese Behauptung alledem an, was der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger in dieser Beziehung gesagt hat, namentlich darüber, daß man verhältnißmäßig wenig ausländische Papiere erworben hat, daß man von einzelnen Sorten Prioritäten-Beträge bis zu 30 Millionen Thaler gekauft hat, daß überhaupt die Belegung in so ganz überraschend kurzer Zeit erfolgt ist. Diese Kritik des Abgeordneten Bamberger fällt um so schwerer in's Gewicht, als ja in den Prinzipien Niemand in dieser Frage der Regierung näher steht, als der Abg. Bamberger. Dieser Herr verwahrte sich damals, als er die Prioritäten empfahl, entschieden dagegen, daß man Prioritäten von noch unfertigen Bahnen kaufte. Es scheint hier aber das Gegentheil befohlen worden zu sein. Dann muß ich noch besonderes Gewicht darauf legen, daß diese Belegung in so kurzer Zeit geschehen ist. Bei unserer damaligen Verathung wurde von der Regierung betont, die Belegung werde sich nicht etwa in einem Jahre vollziehen lassen. Wenn der Regierungskommissar sich auf die kurze Frist des Gesetzes beruft, so mache ich darauf aufmerksam, daß im Gesetz der Termin vom 1. Juli 1875, also zwei Jahre nach dem Invalidenfondsgesetze, als derjenige bezeichnet worden ist, von dem an Gelder des Invalidenfonds überhaupt erst ausgegeben zu sein brauchten von den übrigen Theilen der Milliarde. Eine Anlegung in Wechseln und deraelichen war auch noch über diesen Termin hinaus zulässig. Die Belegung des Invalidenfonds ist aber in der kurzen Zeit von acht Monaten vollständig in Effecten erfolgt. Nach dem ersten Berichte war der Invalidenfonds bereits im Februar 1874

vollständig belegt und der sächsische Herr Bundesbevollmächtigte hat uns gesagt, daß die Prioritäten, um die es sich handelt, schon am 1. Oktober 1875 vollständig angekauft waren. Es ist das um so auffälliger, als dieser überreife Ankauf gerade in die Zeit unmittelbar nach dem sogenannten großen Krache fällt, wo alle viel lieber verkaufen als kaufen. Nach der Regierungsvorlage steht von vornherein fest, daß man nicht mehr Communalpapiere hatte bekommen können, als man bekommen hat. Ich habe im Gegentheil vielfach vernommen, daß die Communen mit Darlehnsge suchen abgemüht worden sind.

Ich bin von der Integrität der Regierung den Interessen freien gegenüber bei allen diesen Geschäften vollständig überzeugt, und wenn ich auch nähere Auskunft für wünschenswert halte, so glaube ich nicht, daß sie dies Urtheil zu ändern Anlaß geben wird. Ich erkläre das ganze Verfahren einfach daraus, daß die Regierung ihrer praktischen Kenntniß der Börsenverhältnisse mehr vertraut hat, als den Grundrissen, von welchen sich der Reichstag im Jahre 1873 bei Verathung des Gesetzes hat leiten lassen. Man hielt diese Grundriss für mehr oder weniger altfränkisch und zog sie nicht in dem Maße, als sie es verdienen, in Betracht. Die Regierung kann sich allerdings für ihr Verfahren auf Gutachten aus dem Kreise der damaligen Reichstags-Minorität berufen. Um gerecht zu sein, muß ich die damalige Erklärung des Abgeordneten Bamberger hier wiederholen — es geschieht nicht, um ihm irgend einen Vorwurf zu machen — wir halten uns ja Alle nicht für unfehlbar — vielleicht habe ich selbst in entgegen-gesetzter Richtung durch allzugroße Keuschlichkeit in Bezug auf die Kommunal-Papiere damals gefehlt, obwohl ich die Erfahrungen in dieser Richtung noch nicht für abgeschlossen halte. Der Herr Abgeordnete Bamberger meinte damals: Massenhafteres oder, wie man lautmännlich sagt, „Coulanteres“ möchte es auf dem deutschen Geldmarkte nicht geben, und ich glaube, es wird auf dem deutschen Geldmarkte kein Papier so gesucht, als von Eisenbahnen — er schloß seine Rede: Aus diesen Gründen glaube er ganz entschieden, Eisenbahn-Prioritäten sowohl für temporäre wie für definitive Anlagen empfehlen und bitten zu müssen, sich nicht dieses vortrefflich geeignete Feld zu verschließen. Der Herr Minister Delbrück bezog sich unmittelbar auf die Ausführungen des Herrn Abg. Bamberger und erklärte: „Ich würde meinerseits nur wiederholen können, was er gesagt hat. Ich kann insbesondere das bestätigen, daß diese Papiere leichter an der Börse zu placiren sind, wie die große Zahl der Staats-Anleihen selbst.“ Draufschien können allerdings die Ansichten eines Ministers nicht desavouirt werden, wie durch die jetzt vorgelegten Motive, in denen es ausdrücklich heißt, daß diese Prioritäten schon seit längerer Zeit schwer verkäuflich sind, daß, wenn man einen großen Betrag auf die Börse brächte, bedenkliche Umwälzungen der Börsenverhältnisse und erhebliche Verluste des Invalidenfonds unvermeidlich sind. Meine Herren, ich bin in diesen Verhältnissen nicht so bewandert, aber es sollen sich Papiere darunter befinden, die 10, selbst 13 Prozent unter dem damaligen Course stehen. Wären sie nicht so schwer verkäuflich, so würde man ja keine Bedenken getragen haben, die Staatsanleihen zu erwerben, auf welche gestern der sächsische Herr Regierungs-Bevollmächtigte aufmerksam gemacht hat, so wäre es nicht zu erklären, daß man seit Februar 1874, um noch eine Anzahl von Staats-Papieren zu erwerben, wesentliche ausländische Papiere aus dem Invaliden-Fonds verkauft hat. Die Veräußerung derselben würde um so unerklärlicher sein, als ja jetzt die Verwaltung ausländische Papiere für besser erklärt und von ihrem ursprünglichen Gedanken, die Prioritäten dauernd zu behalten, vollständig zurückgekommen ist. Nun wird uns vorgeschlagen, wir sollen die Prioritäten bis zum Jahre 1880 behalten, wir sollen dazu die Vollmacht geben, ausländische Papiere zu kaufen und sie auch nach den wechselnden Konjunkturen der nächsten Zeit zu verkaufen und durch Neukauf zu ersetzen. Man kann ja vielleicht über die ausländischen Staats-Papiere ein eben so gutes Urtheil fällen, wie im Jahre 1873 über die Prioritäten gefällt worden ist. Aber die älteren soliden Papiere sind schwer in so großen Partien zu haben und die neueren Emissionen sind vielleicht weniger solid. Die Verhältnisse können sich ja überhaupt leicht ändern. Ich bin der Ansicht, daß wir den § 1 der Vorlage am besten ablehnen, dagegen aus § 2 die Ziffer des Jahres 1880 herausstreichen. Wenn wir die Prioritäten bis 1880 ohne Verlust verkaufen können, dann sehe ich keinen Grund ein, warum wir sie nicht behalten wollen. Wenn wir sie aber auch bis 1880 nur mit Verlust verkaufen können, dann würde ich nicht einsehen, warum wir sie nicht heute schon mit Verlust verkaufen.

Nachdem noch die Abgeordneten v. Benda, v. Minnigerode und der Regierungskommissar Michaelis kurz gesprochen haben, wird die Diskussion geschlossen und der Gesetz-Entwurf der Budget-Kommission zur Vorberathung überwiesen.

## Ueber die Kost in öffentlichen Anstalten.

(Ein Vortrag, gehalten am 13. September 1875 in der ersten Sitzung des Kongresses für öffentliche Gesundheitspflege zu München, von Professor Voit.)

(Fortsetzung.)

### 2) Kost für die Soldaten.

Ich habe schon vor etwa 15 Jahren auf Anregung und unter lebhafter Unterstützung des leider verstorbenen Herrn Majors Friedel, der bereits damals die eminente Wichtigkeit einer richtigen Ernährung des Soldaten für den Krieg klar erkannte, Untersuchungen hierüber angestellt und das Resultat in einem seitdem in den Akten des Königl. bayerischen Kriegsministeriums befindlichen Promemoria niedergelegt. Es hätten sich daraus bei weiterer Verfolgung bestimmte Grundriss für eine richtige Ernährung des Soldaten unter verschiedenen Verhältnissen entwickeln lassen.

Nach dem bereits Mitgetheilten ist es selbstverständlich, daß ein Soldat, ein in dem kräftigsten Alter stehender gesunder Mann, welcher in unseren Zeiten nicht mehr ein beschauliches Leben in der Kaserne führt, sondern in der Garnison zum Kriege vorbereitet wird, mindestens die vorher angegebene Kost eines mittleren Arbeiters erhalten muß. Während der Manöver und im Felde braucht er die Kost eines stark Arbeitenden.

Für den Kriegsdienst sieht man jetzt endlich die Nothwendigkeit einer solchen Anforderung allgemein ein. Noch in den Kriegen zu Anfang unseres Jahrhunderts hat man dies wenig beachtet; man gab dem Manne meistens täglich 1500 Gramm Kommissbrot und ließ ihn für das Weitere selber sorgen. Aber man weiß auch, daß die armen Leute bei stärkeren Zumuthungen in erschrecklicher Anzahl marode wurden und mehr durch Krankheiten litten, als durch den Feind. Man hört von alten Militärs noch den Ausspruch: sie hätten mit der schlecht genährten Truppe durch den guten militärischen Geist derselben dennoch Bedeutendes geleistet; es ist dies durch eine äußerste Kraft-Anstrengung bei einem ebenso mangelhaft verpflegten Feinde wohl möglich, aber dann ist auch die Mannschaft fertig und weiter nicht mehr zu gebrauchen, abgesehen davon, daß eine gut genährte

ungleich mehr bewirkt hätte. Der militärische Geist ist ebenfalls abhängig von dem Körper.

In einer Proclamation des Königs von Preußen, unseres jetzigen Kaisers, nach dem Einrücken der deutschen Truppen in Frankreich vom August 1870, wurden für jeden Soldaten täglich verlangt:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrat
750 Brod	62	—	331
500 Fleisch	91	49	—
250 Speck	4	236	—
30 Kaffee	—	—	—
60 Tabak oder	—	—	—
5 St. Cigarren	—	—	—
500 Wein oder	—	—	—
1000 Bier, oder	—	—	—
100 Branntwein	—	—	—
	157	285	331

Wie man ersieht, erhält dadurch der Soldat, entsprechend unseren Anforderungen an eine Kost für stark angestrenzte Menschen, das Maximum an Eiweiß, und zwar einen großen Theil desselben (58 pCt.) in der Form von Fleisch, dann eine nicht zu große Menge von Kohle-Hydraten und eine bedeutende Quantität von Fett.

Ich habe früher als Nahrung für den Soldaten im Felde vorgeschlagen:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrat
750 Brod	62	—	331
500 Fleisch (359 ohne Knochen)	72	33	—
67 Fett	—	67	—
150 Gemüse, Reis zc.	11	—	116
	145	100	147

Ich lege großen Werth darauf, daß nicht zu viel Kohle-Hydrate, und namentlich, daß dieselben in nicht zu großer Menge in der Form von Brod gereicht werden, wie es früher der Fall war. Als ich mein Promemoria ausarbeitete, wies ich vor Allem auf die Schädlichkeit der großen Brodrationen hin; ich habe damals als Maximum 750 Gramm Brod angegeben, welche Menge

jetzt auch zu meiner Freude durch die Erfahrung als das höchste Maß anerkannt worden ist. Das berücksichtigte Kommissbrot, von dem 19 pCt. mit 42 pCt. des Eiweißes im Roth sich wiederfinden, ist zum Glück in Deutschland so ziemlich verschwunden, was als ein großer Fortschritt gegenüber früheren Zeiten anerkannt werden muß.

Es ist, wie früher schon gesagt, nur den Wenigsten möglich, mehr Mehl in der Form von Brod zu verdauen und zu verwerten; wird trotzdem mehr Brod vertheilt, so wird es entweder unverändert mit dem Roth entleert und bringt noch dazu allerlei Störungen im Körper hervor, oder es wird gar nicht gegessen, sondern einfach weggeworfen. Während des oberitalienischen Feldzuges im Jahre 1859 wurde das Brod in Menge in den Gräben der Landstrassen, auf welchen die österreichischen Truppen marschirt waren, vorgefunden; das gleiche beobachtete man bei dem Rückzuge der Franzosen im Kriege von 1870. Die Herren der großherzoglich hessischen Leibkompanie haben sicherlich nicht die 1019 Gr. Brod verzehrt, welche ihnen nach Liebig's Angabe verabreicht wurden; daher rührt auch offenbar die abnorm große Menge von Kohlenstoff, welche Liebig für dieselben berechnet hatte.

An Tagen der Uebungen wird nach dem Gebühren-Tarif für den bayerischen Soldaten verlangt:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrat
250 rohes Fleisch	45	22	—
120 Reis, oder	9	—	94
120 Fadennudeln, oder	14	—	88
150 Graupe, oder	7	—	114
300 Hülsenfrüchte, oder	67	—	175
2000 Kartoffeln	40	—	436
750 Brod	62	—	331
Mittel:	134	22	511

Es ist ersichtlich, daß damit keine rationelle Ernährung möglich ist; 2000 Gr. Kartoffeln und noch dazu 750 Gr. Brod zu verzehren ist eine kaum lösbare Aufgabe, wie sich leicht Jeder durch den Versuch an sich selbst überzeugen kann. Am auffallendsten ist aber die verkehrte Werthschätzung von Reis, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Fadennudeln und Graupen, denn es

Dem Reichstage sind gegenwärtig die Gesetzentwürfe betr. die Verdoppelung der Brausteuer und die Einführung der Börsensteuer zugegangen. Der erstere lautet folgendermaßen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, für das innerhalb der Zolllinie liegende Gebiet des Deutschen Reiches, jedoch mit Ausschluß der Königreiche Bayern und Württemberg, des Großherzogthums Baden, Elsaß-Lothringens, des großherzoglich sächsischen Vordergerichts Orléans und des herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Amts Rönigsberg, was folgt:

**Artikel 1.**

An Stelle des § 1 Abs. 1 und 2 und des § 3 Absatz 1 des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer vom 31. Mai 1872 (Reichs-Gesetzblatt 1872 Nr. 16) treten nachstehende Bestimmungen:

**§ 1.**

Die Brausteuer wird von den nachbenannten Stoffen, wenn sie zur Bereitung von Bier verwendet werden, zu den folgenden Sätzen erhoben:

- 1. von Getreide (Malz, Schrot u. s. w.) mit 4 Mark
- 2. von Reis (gemahlen oder ungemahlen u. s. w.) mit 4 "
- 3. von grüner Stärke, d. h. von solcher, die mindestens 30 Prozent Wasser enthält, mit 4 "
- 4. von Stärke, Stärkemehl (mit Einschluß des Kartoffelmehls) und Stärkemehl (Dextrin) mit 6 "
- 5. von Zucker aller Art (Stärke, Trauben- u. s. w. Zucker), sowie von Zuckerauflösungen mit 8 "
- 6. von Syrup aller Art mit 6 "
- 7. von allen anderen Malzextrakten mit 8 "

für jeden Zentner.

Der Bundesrath ist jedoch ermächtigt, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Reichstages, für andere als die unter Nr. 1 bis 6 bezeichneten Stoffe nach Maßgabe ihres Brauwerths den Steuerfuß von 8 Mark zu ermäßigen.

**§ 2.**

Die Besteuerung der im § 1 genannten Stoffe erfolgt nach dem Nettogewicht. Ergeben sich bei der Berechnung der Steuer von der für ein Gebirde bestimmten Gesamtmenge Pfennigbeträge, so werden diese nur insoweit erhoben, als sie durch 5 ohne Rest theilbar sind; die überschüssigen Beträge, sowie überhaupt Steuerbeträge unter 5 Pfennig bleiben unentzogen.

**Artikel 2.**

Die im § 9 des Gesetzes vom 31. Mai 1872 den Steuerbeamten erteilte Revisionbefugniß erstreckt sich auf die Räume zur Lagerung des bereiteten Bieres mit der Maßgabe, daß die Steuerbeamten den Zutritt in die Lagerräume nur dann erlangen können, wenn in denselben gearbeitet wird.

**Artikel 3.**

Die im § 23 des Gesetzes vom 31. Mai 1872 den Steuerbeamten erteilte Revisionbefugniß erstreckt sich auf die Räume zur Lagerung des bereiteten Bieres mit der Maßgabe, daß die Steuerbeamten den Zutritt in die Lagerräume nur dann erlangen können, wenn in denselben gearbeitet wird.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1876 in Kraft.

**Politische Uebersicht.**

Berlin, 16. November.

In der Arnim'schen Angelegenheit spult jetzt sogar Hoch- und Landesverrath. Nach dem Verhören — so berichten offiziös die Blätter — hat die vom hiesigen Stadgericht verhängte Beschlagnahme der Broschüre „Pro nihilo“ die Wirkung, daß überall in Deutschland die Verbreitung der Broschüre verboten ist. Uebrigens hat hier, in Berlin, die verhängte Beschlagnahme der Broschüre thatsächlich keinen nennenswerthen Erfolg gehabt, da fast alle hier befindlichen Exemplare bereits vergiffen waren. Ueber ein strafgerichtliches Einschreiten gegen die Zeitungen, welche die strafbaren Stellen der Broschüre abgedruckt haben, verlautet bis jetzt noch nichts, dagegen wird in juristischen Kreisen diese Frage verschiedentlich erörtert. In jedem Falle — so wird offiziös seitens mitgetheilt — scheint es unweigerlich, daß den Blättern gegenüber, welche die strafbaren Stellen in der ersichtlichen Absicht, dadurch die einseitige und böswillige Tendenz der Broschüre darzulegen, veröffentlicht haben, von einem strafgerichtlichen Einschreiten nicht die Rede sein kann. Die Reptilienpresse kann sich also beruhigen! Gleichzeitig ist die strafgerichtliche Untersuchung wegen der der Beschlagnahme zu Grunde liegenden Vergehen eingeleitet und es dürfte zunächst gegen den Grafen Arnim, als den mutmaßlichen Verfasser, oder als Denjenigen vorgegangen werden, der dem Verfasser das nöthige Material gewährt hat. Im Anschluß hieran wird die offiziöse Mittheilung verbreitet, daß aus Anlaß der eingeleiteten Untersuchung die Frage zu Erwägung gelangt, in wie weit die Veröffentlichung der in der Broschüre enthaltenen diplomatischen Aktenstücke das Verbrechen des Landesverraths in sich schließen. § 92 des Strafgesetzbuches lautet: „Wer vorsätzlich Aktenstücke,

von denen er weiß, daß die Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des deutschen Reichs oder eines Bundesstaates erforderlich ist, dieser Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.“

Recht bezeichnend ist, daß die fortschrittliche Berliner „Volkzeitung“, das Hauptorgan der „Selbsthilfe“, eiligt ihrem Eugen Richter zu Hilfe kommt, um durchzusetzen, daß die 171 Millionen Staatskasse für Eisenbahnkredite statt auf vier Jahre auf ewig bewilligt werde. Das Blatt schreibt: „Nach Mittheilungen aus parlamentarischen Kreisen kann es bezüglich der Vorlage über die Abänderung des Invalidenfonds-Gesetzes als ziemlich sicher angesehen werden, daß die Reichstagskommission und schließlich auch das Plenum entsprechend dem Antrage Richter (Hagen) den § 1 der Vorlage, welcher Schatz-Anweisungen und Schuld-Verschreibungen anderer Staaten in den § 2 des Invalidenfonds-Gesetzes aufzunehmen bezieht, ebenso die in dem § 2 vorgesehene Frist für die Belegung der Gelder (bis 1880) streichen wird. Bekanntlich erhob auch der Regierungskommissar keinen direkten Widerspruch gegen diesen Antrag.“ — Also nicht bis 1880, sondern „bis in die Puppen“ sollen die Eisenbahnen jene 171 Millionen Staatskredit genießen. Ja, für die Arbeiter ist Selbsthilfe gut, für die Bourgeois aber Staatskasse. Ei, wie schmeckt die prächtig!

Wie die „Vossische Zeitung“ hört, sind im Reichskanzleramt bereits Erörterungen bezüglich der Arbeiter-Pensionskassen und zwar hauptsächlich darüber angestellt worden, ob es dem freien Willen des Arbeiters zu überlassen sei, einer solchen Kasse beizutreten, oder ob Kasenzwang für dieselben eingeführt werden soll. Wenn der Gesetzentwurf nicht besser ausfällt, wie jener über Krankenkassen, so wäre es besser, die Dinte und das Papier zu sparen.

Die vom Justizauschuß des Bundesraths beantragten Abänderungen der Novelle zum Strafgesetzbuch beschränkt sich nach einem Telegramm der „Vossischen Zeitung“ auf die Abhebung der Bestimmungen wegen Einführung der Friedensbürgschaft, der Gleichstellung der Pferdebahnen mit den Eisenbahnen und auf einige Abänderungen in den vorgeschlagenen politischen Bestimmungen. Von einer Umgestaltung der Vorlage in dem Sinne, daß die Vernichtung der socialistischen Meinungsäußerung nicht mehr geplant wurde, aber ist nie die Rede gewesen. Also wird die Entscheidung im Reichstage fallen.

Wie die Presse fortwährend zur Socialistenhege aufreizt, zeigt recht klar wieder der Umstand, daß sie die Verhaftung des Parteifreundes Forstner in Altona folgendermaßen behandelt. Sämmtliche Berliner Blätter schreiben:

Altona. Der Vorsitzende des hiesigen social-demokratischen Arbeiter-Vereins ist gefänglich eingezogen worden, weil er im Verdacht steht, an den neulich gemeldeten Unruhen, welche nach Auflösung der Volksversammlung in der Großen Rosenstraße und auf dem Gählerplatz entstanden, sich betheiligte zu haben. Also es sollen die Socialisten Anstifter von „Unruhen“, gewissermaßen „Aufrührer“ sein! Und doch handelte es sich nur um das Gedränge einer aufgelösten Versammlung, die nichts weniger als rebellische Pläne hatte.

Aus Bern wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben, daß der vollständige Entwurf des Bundesraths zum Fabrikgesetz vorliegt. Folgende Abänderungen hat der Bundesrath vorgenommen. Ueber die Arbeitsräume schlägt er folgende Fassung vor: „Es ist namentlich dafür zu sorgen, daß die Arbeitsräume während der ganzen Arbeitszeit gut beleuchtet, die Luft vom Staub möglichst befreit und der Luftwechsel immer ein der Zahl der Arbeiter und der Beleuchtungs-Apparate, sowie der Entwidlung schädlicher Stoffe entsprechender sei.“ Bei der Betriebs-einrichtung von Fabriken behält sich der Bundesrath das Recht vor, allgemeine Vorschriften zu erlassen. Die Bestimmungen über die Hauspflicht sind unverändert beibehalten, jedoch noch mit folgendem Zusatz versehen worden: „Auf Verlangen muß der Kläger von der Bezahlung von Gerichtsgebühren befreit und demselben da, wo eine Vertretung zulässig ist, ein Anwalt zur unentgeltlichen Geschäftsführung vor dem Gerichte beigegeben werden.“ Das Bußensystem ist beibehalten worden. Der Fabrikbesitzer ist verpflichtet, über die gefammte Arbeitsordnung, die Fabrikpolizei, die Bedingungen des Ein- und Austritts und die Ausbezahlung des Lohns eine Fabrikordnung zu erlassen, in welcher auf Uebertretung derselben durch die Arbeiter angemessene Bußen gesetzt werden können. Ferner wird vorgeschrieben, daß das Verhältnis zwischen dem Fabrikbesitzer und Arbeiter durch eine jedem Theile freistehende, mindestens 14 Tage vorher erklärte Kündigung auf-

erhalten. Es hat sich ergeben, daß wohl zum Theil der Bedarf annähernd erreicht wird, daß aber nicht immer genügend geforgt ist, namentlich ist die Menge des Eiweißes vielfach zu gering. Entweder kommen dadurch die Leute allmählich herunter, ohne daß sie gerade an Gewicht abzunehmen brauchen, leisten nicht mehr das, was sie sollen, und füllen bei größeren Anstrengungen die Spitäler, oder sie sind genöthigt, aus eigenen Mitteln sich noch weitere Lebensmittel zu kaufen. Das Letztere geschieht nun auch in größter Ausdehnung, indem in den Markteindereien große Quantitäten von Würsten, Käse, bestem Brod, Bier etc. zum Verlaufe kommen. Es ist natürlich, daß dabei die Auswahl nicht immer die passendste ist, und namentlich für Bier und Spirituosen mehr als nöthig ausgegeben wird.

Man hat dies, wie es scheint, für einen Ueberfluß und eine Völlerei gehalten, aber es erweist sich in vielen Fällen als Nothwendigkeit. Auch die ärmsten Eltern sparen nicht selten gern von dem sauer Erworbenen für die Söhne in der Armee; man sieht, daß dies nicht bloß für Luxuswede verbraucht wird, sondern auch theilweise zur Ausgleichung des nöthigen Bedarfs. Der Staat hat, wie kaum Jemand bezweifeln wird, die Verpflichtung, den Soldaten zu ernähren; es darf dem Letzteren nicht zugemuthet werden, einen Theil der notwendigen Nahrung aus eigenen Mitteln zu beschaffen, so daß die Angehörigen, neben der Entbehrung der Kraft der Arme ihrer Söhne, auch noch die Last ihrer theilweisen Erhaltung trifft.

Der Staat hat aber auch noch das große Interesse, kräftige Körper der Soldaten heranzuziehen und sie nicht schwach zu machen, denn bei Beginn des Krieges will er über starke Männer verfügen.

In jeder Beziehung wäre es daher das Beste, wenn der Staat die volle Verpflegung der Mannschaft in natura übernehmen, womit noch nicht gesagt ist, daß dieselbe theurer als jetzt zu stehen käme. Ich bin vielmehr, nach meinen Berechnungen, überzeugt, daß beim Einkauf im Großen für dieselben Mittel wie jetzt eine völlig zureichende und richtige Kost für den Soldaten sich beschaffen ließe. Nur so besitzt der Staat die Garantie, daß jeder Soldat eine seinem Körper und den ihm zugemutheten Anstrengungen entsprechende Nahrung erhält.

Es wird in dieser Hinsicht für die Pferde besser

gelöst werden könne und zwar meistens am Jahrtag oder Sonnabend. Neu ist die Bestimmung: „Streitigkeiten über die gegenseitige Kündigung und alle übrigen Vertragsverhältnisse entscheidet der zuständige Richter.“ Am Jahrtage darf nicht mehr als der letzte Wochenlohn ausstehen. Ueber die Nacharbeit der Frauen stimmte der Bundesrath im Ganzen der Experten-Kommission bei, verbietet also diese Arbeit sowohl, als auch die Sonntagsarbeit und schreibt vor, daß Wöchnerinnen vor und nach ihrer Niederkunft im Ganzen während 10 Wochen nicht in der Fabrik beschäftigt werden dürfen. Ihr Wiedereintritt in dieselbe ist an den Nachweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens 6 Wochen verfloßen sind. Neu hinzugefügt hat der Bundesrath folgende Bestimmungen: „Der Bundesrath wird diejenigen Fabrikationszweige bezeichnen, in welchen schwangere Frauen überhaupt nicht arbeiten dürfen.“ „Zur Reinigung im Ganze befindlicher Motoren, Transmissionen und gefährdender Maschinen dürfen Frauenspersonen nicht verwendet werden.“ Der Ausschluß von Kindern unter 14 Jahren von der Fabrikarbeit wird festgehalten. Kinder zwischen dem 14. und dem vollendeten 16. Jahre sollen höchstens 8 Stunden in der Fabrik arbeiten. Schulunterricht und Arbeit dürfen zusammen 10 Stunden nicht übersteigen und darf der Schulunterricht durch die Fabrikarbeit nicht beeinträchtigt werden. Der Fabrikbesitzer ist dafür verantwortlich, daß keine Kinder unter 14 Jahren in die Fabrik aufgenommen werden. Er kann sich nicht mit Unkenntniß des Alters seiner Arbeiter entschuldigen. Das Gesetz findet sowohl auf bereits bestehende, als auch auf neu einzurichtende Fabriken Anwendung. Den Regierungen der Kantone wird der Auftrag erteilt, die für Vollziehung des Gesetzes nothwendigen Organe zu beschaffen. Fabrikinspektoren sind 2 bis 4 in Aussicht genommen, das Bedürfniß soll hier maßgebend sein. Die Strafen für Uebertretung des Gesetzes sind bedeutend, zu den von der Kommission in Aussicht genommenen Geldbußen hat der Bundesrath für den Rückfall eine Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten festgesetzt.

Aus Belgien wird wiederum von einer schrecklichen Gruben-Explosion gemeldet. Am 10. d. s., Abends, hat in dem Kohlenwerke Marihay eine Explosion stattgefunden, bei der, wie gerüchtheil verlautet, gegen 50 Personen den Tod gefunden haben und gegen 100 mehr oder weniger verletzt worden sein sollen.

Ein merkwürdiger Streit ist in Norwegen über die Todesstrafe ausgebrochen, um so seltsamer, als der konservative Ministerrath auf dieser barbarischen Straftart hartnäckig besteht, der König aber die Humanität walten lassen will und sich weigert, Todesurtheile zu bestätigen. In seiner Sitzung vom 7. Novbr. hat das Höchstgericht wieder ein Todesurtheil, das dritte in der gegenwärtigen Session, einstimmig ausgesprochen und ebenso wie bei den beiden vorher gefällten keinen Antrag auf Begnadigung gestellt. Die beiden früher ausgesprochenen Todesurtheile sind vor einigen Tagen vom Staatsrath nach Stockholm expedirt und hat derselbe einstimmig an den König das Gesuch gerichtet, daß der Befehl zu ihrer Vollstreckung gegeben werden möge. Da ein gleicher Antrag unzweifelhaft in Betreff des jetzt verurtheilten Dienstmädchens an den König gerichtet werden wird, so sieht man der Entscheidung desselben mit zunehmender Spannung entgegen. Die konservative Partei verlangt immer lauter die Bestätigung der Todesurtheile und als höchst beachtenswerth ist es zu verzeichnen, daß das hochoffiziöse „Morgenblatt“ es sogar für eine Pflicht des gesammten Staatsrathes erklärt, seine Entlassung dem Könige einreichen zu müssen, im Falle derselbe die Todesurtheile nicht bestätigen sollte.

\* Parteigenosse Seiffert in Leipzig hat am 10. November eine zweimonatliche Haft beendet und ist wieder in die Keldation des „Vollstaats“ eingetreten.

Hildesheim, 9. November. (Versammlung.) Sonntag, den 7. November, fand hier eine gut besuchte Volksversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Die neu projektierten Steuern und die neuen Gesetzesvorlagen in Betreff des Strafgesetzes.“ Als Referent war Parteigenosse Koloski aus Braunshweig hier. Nachdem die Versammlung durch den Vorsitzenden Oyn eröffnet war, ergriff Herr Koloski das Wort. Er kritisirte die national-liberale Partei und zeigte, wie sie heute in Alles einwilligt, was die Regierung wünscht. Die Herren Fortschrittler huldigen überhaupt nur dem Erfolge. Als 1846 die Schlachten bei Magdo und Slatly geschlagen wären, hätten sie noch gegen die Bewilligung der Krone protestirt, und wenige Tage später, als die Schlacht bei Königgrätz gewonnen sei, hätten sie dem Kaiser, Bismarck, vollständig zugestimmt. Redner wies ferner eingehend auf die Militärkosten hin, er zeigte, daß die Militärkosten verpulvert wären und daß neue Steuern aufgelegt werden sollten, wo die Erhöhung der Brausteuer und das Meppenburger Projekt der

geforgt, als für den Menschen. So wenig der Staat den Einkauf des Pulvers oder der Gewehre dem Belieben und Gutdünken von Kompagnien überläßt, so wenig wird er diesen späterhin bei gereifterer Einsicht die Zusammensetzung der Leib der Soldaten anvertrauen.

Große Beachtung verdient auch der sogenannte eiserne Bestand, in dem bekanntlich der Mann für 3 Tage seine Nahrung in möglichst compendioser Form für Fälle der Noth mit sich führen soll. Es ist dafür schon alles Mögliche vorgeschlagen worden, aber sehr häufig aus Unkenntniß der Vorgänge bei der Ernährung ganz ungeeignetes oder ungenügendes. Es müssen eben auch hier die Nahrungstoffe in richtiger Menge und in richtigem Verhältniß geboten werden, und Jedermann wird verstehen, wie ernst die ganze Sache ist und wie schwer sich eine wesentliche Abweichung davon gerade hier rächt. Nach Liebig („Reden und Abhandlungen“ S. 141) soll z. B. der eiserne Bestand in der Armee eines deutschen Mittelstaates, der nicht näher bezeichnet und mir auch nicht bekannt ist, aus 175 Gr. gebranntem Kaffee, 1000 Gr. Reis und 117 Gr. Zucker bestehen, was geradezu ein Hohn auf unser Wissen genannt werden kann.

Man hat neuerdings einen eiserne Bestand aus Brod, Eier-Conserve und Speck zusammengesetzt gesucht und hat für den Tag zu nehmen vorgeschlagen:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrat
— Ei-Conserve	24	30	—
170 Speck	—	170	—
750 Brod oder Zwiebad	62	—	324
	86	200	324

Man hat gemeint, diese Kost stelle eine Nahrung dar, weil sich dabei einige Soldaten während ein paar Tagen subjektiv ganz wohl befanden und sogar etwas an Gewicht zunahmten. Es ist dies ein gutes Beispiel dafür, daß man aus dem Körper-Gewichte keinen Schluß auf die Erhaltung des Körpers ziehen darf; denn die Leute haben sicherlich zu wenig Eiweiß erhalten und für den Grad der Bewegung zu viel Fett, weshalb sie Fett angelegt und, trotz des Eiweißverlustes, an Gewicht gewonnen haben.

(Fortsetzung folgt.)

und Mengen derselben für gleichwerthig gesetzt, welche ganz ungleiche Quantitäten von Eiweiß und Stärkemehl enthalten, und in ihrem Reichthum um das Siebenfache voneinander abweichen. In der Mehrzahl der Fälle ist die Menge des Eiweißes etwas zu gering, im Gegentheil dazu die Menge der Kohlehydrate meist viel zu groß, das werthvolle Fett ist gar nicht benützt.

Der Soldat in der Garnison braucht etwa so viel als ein mittlerer Arbeiter; ich hatte in meinem Promemoria für ihn aufgestellt:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrat
750 Brod oder 470 Mehl	62	—	331
230 Fleisch (212 ohne Knochen)	42	23	—
23 Fett	—	33	—
200 Gemüse, Reis etc.	15	—	154
	119	56	485

Leider wird der Verpflegung des Soldaten im Frieden und in der Garnison viel weniger Aufmerksamkeit gewidmet, als der im Kriege. Die Soldaten bekommen meist nur eine gewisse Menge von Brod, gewöhnlich 750 Gr. für den Tag, und haben dann für das Weitere aus ihrer Löhnung zu sorgen. Das Letztere geschieht so, daß sie sich bataillons- oder kompaniweise gemeinschaftlich den Mittagstisch verschaffen, indem sie selbst das Nöthige einkaufen oder sich gegen eine gewisse Bezahlung einem Lieferanten überlassen.

Nach dem Gebühren-Tarif der Viktualien-Portionen für das königl. bayerische Heer soll der Mann in der Garnison erhalten:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrat
150 rohes Fleisch	27	13	—
90 Reis, oder	7	—	70
120 Graupe, oder	6	—	91
230 Hülsenfrüchte, oder	32	—	134
1500 Kartoffeln	30	—	327
750 Brod	62	—	331
Mittel:	108	13	486

Oegen diese Aufstellung lassen sich ähnliche Einwendungen machen wie gegen den Tarif für die Uebungen. Der Tarif scheint aber nicht in Ausführung zu kommen, denn ich habe Gelegenheit gehabt, zu berechnen, wie viel einzelne Abtheilungen der Soldaten in den Kasernen an Nahrungstoffen in Wirklichkeit

**Petroleumsteuer.** Nachdem Redner folgende Resolution vorgelesen: Die Volksversammlung protestiert 1) gegen jede Beschränkung des Rechts der Reinigungsbücherei, wie sie durch die Strafgesetznovelle projektiert wird; 2) gegen jede Beschränkung des Rechts der Arbeiter an der Selbstverwaltung ihrer Kassen; 3) gegen jede neue Steuerlast, insbesondere gegen die Erhöhung der Brausteuer und gegen die Einführung einer Petroleumsteuer; und dieselbe einstimmig angenommen war, schloß er unter allgemeinem Beifall. — Nachdem Parteigenosse Stolzenburg einiges Nähere in Betreff der indirekten Steuern gesprochen und aufgefordert hatte, auf die beiden Parteiblätter zu abonnieren und der Partei sich anzuschließen, endete die Versammlung.

**Karlruhe** in Baden, 10. Novbr. (Eine Mahnung für die Parteifreunde.) Die großen Erfolge, welche die Social-Demokratie in den letzten Jahren, besonders in Norddeutschland, errungen, verfehlen natürlich auch auf uns Süddeutsche ihre gute Wirkung nicht. Mit Freude begrüßen wir die lobenswerten Anstrengungen unserer Gesinnungsgenossen, die aber zu unserem größten Bedauern im schönen Lande Baden ohne eine — und das müssen wir zu unserer größten Schande gestehen — einhellige Leitung sind. Wie groß wäre die Stütze, die den socialistischen Elementen durch eine gehörige Centralisation der Gesinnungsgenossen unseres Landes geschaffen würde! Tausende stimmen den Prinzipien der Social-Demokratie bei, wenn sie mit denselben vertraut wären. Ich habe nicht zu viel gesagt; Sie erlauben mir deshalb einen Beweis. Obgleich ich nicht „Arbeiter“ bin, so höre ich den Gesprochenen doch mit besonderer Vorliebe zu. Keulich sah ich in einer größeren Restauration, in der Handwerker während ihres Abendbrodes sich über die jetzigen finanziellen Verhältnisse unterhielten. Mit bewundernswürdiger Einsicht sprachen sie von der Hegemonie der Kapitalisten, Großhändler und anderer Ausbeuter. Einer von ihnen äußerte, er habe täglich vier Mark Verdienst und zu Hause Frau und Kinder. Dies reiche selbstverständlich nicht hin, um die Ausgaben für Wohnung, Kost, Kleidung, Steuer u. s. w. zu bestreiten. Seinen Kleinen werde, wenn auch mit schwerem Herzen, das Brod stiefmütterlich zugeschnitten. Die anwesenden Arbeiter stimmten ihm lebhaft bei. Unsere „liberalen“ Zeitungen, fuhr er weiter fort, sprechen immer von Volkswohl; dies ist jedoch eine Lüge. Aber, setzte er bei, die Zeit wird kommen, und sie ist nicht mehr fern, wo der Mensch von diesen Fesseln frei wird, wo wieder Recht unter die Bürger kommen, wo Einer den Andern „Bruder“ heißen wird. — Aus dieser Ansicht eines Mannes — und solche sind zu Tausenden vorhanden — können unsere Gesinnungsgenossen beurteilen, was uns in Baden mangelt. Gegenüber den Vorkämpfern der liberalen Preklosten sind wir viel zu untätig; wir sind noch nicht ein „Einig Volk von Brüdern“. Ich hoffe jedoch — vielmehr wir hoffen Alle — daß der Gerechtigkeitssinn unserer norddeutschen Brüder, die sich schon so oft erprobt haben, uns nicht im Stich lassen wird. Mit social-demokratischem Gruß  
Carl Werke.

**Soffenheim**, 6. Nov. (Volksversammlung.) Sonntag, den 31. Oktober, hielten wir eine gut besuchte Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: Die Erhöhung der Bier- und die Einführung der Petroleumsteuer. Ueber beide Punkte referierten die Herren Schwarz und Jbsen aus Frankfurt a. M. zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Zum Schluß nahm die Versammlung die in Nr. 124 d. Bl. vom 20. Oktober d. J. enthaltene und von Herrn Koog eingebrachte Resolution einstimmig an. Eine Tellerfassung ergab die Summe von 2,32.  
J. A.: Karl Keller.

**Essen**, 9. Nov. (Allgemeiner Bericht.) Unsere auswärtige Parteifreunde dürfen nicht glauben, in Essen wäre die Bewegung tot. Der Wahlverein, überhaupt die Partei nehmen stets zu und wir haben jeden Sonntag Versammlungen, früher des Morgens, von Sonntag, den 14. bis an Abends 6 Uhr. Wir hoffen daher, daß die Beteiligte noch besser sein wird, wie früher. Unserem Wirthe gegenüber sind wir verpflichtet, da ihm, wie wohl allen Parteigenossen bekannt sein wird, unerhalten um zwei Stunden die Polizeistunde früher angelegt ist. Trotzdem hat er die Versammlungen nicht versagt. Darum brauche ich die Freunde wohl nicht besonders zu recht eifrigem Besuch der Versammlungen aufzufordern, es ist ihre Pflicht, am Plage zu sein, wenn es noth thut. Mit social-demokratischem Gruß  
Ein Parteigenosse.

**Kehl a. Rh.**, 9. Nov. (Öffentliche Arbeiterversammlung.) Sonntag, den 7. Nov., Nachm. 5 Uhr, fand im Saale der Bierbrauerei „Zum Falken“ eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, auf deren Tagesordnung die Bestrebungen der Socialistischen Arbeiterpartei stand. Genosse Döschner aus Straßburg referierte in zweistündiger Rede, vielmals unterbrochen von lebhaftem Beifall. Die Versammlung, welche sehr zahlreich besucht war, nahm folgende Resolution

einstimmig an: „Die heutige Arbeiterversammlung im „Falken“ erklärt sich mit den Bestrebungen der „Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ vollständig einverstanden und verpflichtet sich, immerhin für die Interessen der Partei thätig einzutreten.“ Zum Schluß wurde eine Mitgliedschaft gegründet, welche bereits 18 Mitglieder zählt. Da hier mehrere Fabriken bestehen und die Arbeiter, wenigstens ein großer Theil derselben, bereits zu der Erkenntniß gelangt sind, daß nur durch die Verwirklichung der social-demokratischen Lehre: der Knechtschaft, der Noth in jeder Form ein Ende gemacht werden kann, dürfen wir uns der Ueberzeugung hingeben, von hier immer günstigere Ergebnisse berichten zu können.  
Im Auftrage:  
Wilhelm Todemann.

**Berlin**, 11. Nov. (Böttcherverammlung.) Sonntag, den 24. Oktober hielten wir im Lokale Köpnickstr. 157 eine öffentliche Versammlung sämmtlicher Böttchergesellen Vereins ab. Das Referat hielt Herr Küster aus Berlin über Religion, Bildung der Arbeiter und die Zurücksetzung des Arbeiters. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.  
A. Rielke, Bevollmächtigter.

**Gießen**, 10. Nov. (Allgem. deutscher Schneiderverein.) Nachstehend geben wir die Abrechnungen vom Gewerkschafts- und Kranken-Unterstützungs-Bund pro drittes Quartal 1875 zur Kenntniß. Gewerkschaft: Bestand vom 2. Quartal 1875 Kass. 2028,15. Einnahmen Wiesbaden 2. Quart. 19,87. Eberfeld 8,43. Altona 3. Quartal, 1. Sendung 39,00; 2. Sendung 11,75. Harburg 11,50. Rühlhausen in Th. 8,15. Wolfenbüttel 2. Quartal 6,08. Stade 3. Quartal 19,95. Eisenach 14,14. Barmen 7,8. Leipzig 114,27. Mainz 6,67. Reutlingen 9,00. Augsburg 29,68. Würzburg 2,80. Nürnberg 76,81. Bayreuth 10,26. Halle 75,95. Erfurt 7,01. Osnabrück 26,60. Gotha 13,33. Ulm 2. Quart. 1,96; 3. Quartal 16,14. Eberfeld 3,40. Schwerin 16,30. Braunschweig 2. Quartal 118,90; 3. Quartal 83,85. Bremen 3,81. Wiesbaden 12,16. Gießen 14,61. Pforzheim 1,70. Konstanz 5,10. Landshut 15,50. Von Herrn Schweizer in Bayreuth 9,00. Summa 2864,48. Ausgaben: Für Besuch der Gewerkschafts-Konferenz in Gotha 16,39. An Portoauslagen für Juli 13,50. Agitation in Stuttgart 7,50. 1000 Exemplare Statuten 41,00. 1000 Cautionsbücher 65,00. Saldo pro Mai für Druckkosten 31,50. Auf der Generalversammlung ausbezahlte Delegationskosten 391,02. Dolest für Agitation 17,50. Protokollant beim Kongress 18,00. Honorar für den Geschäftsführer 90,00; für den Hauptkassirer 20,00. Portoauslagen pro August 14,00. Honorar für den Geschäftsführer 20,00. Zuschuß nach Mainz 15,00. Agitation in Berlin 40,00. 2 Bücher 2,92. Agitation nach Fulda, Erfurt und Kassel 40,25. Abonnement 2,49. Zwei Sterbefälle in Braunschweig pro 2. Quartal 72,00 und zwei im 3. Quartal 72,00. Agitation nach Bremerhaven 15,00. Borschuß nach Konstanz 9,00. Portoauslagen pro September 15,34. Summa 1052,02. Einnahmen 2864,48. Ausgaben 1052,02. Bleibt Bestand 1812,46. Für Agitation ging ferner ein: Aus Barmen 50,00. Hamburg 120,00. Bestand der Agitationskasse 170,00. Bestand des Streifenfonds 150,77. — Kranken-Unterstützungs-Bund: Bestand vom 2. Quartal 1875 424,03. An Einnahmen: Wiesbaden 2. Quartal 15,21; 3. Quartal 15,07. Eberfeld 2. Quartal 9,61; 3. Quartal 17,35. Rühlhausen in Th. 10,50. Stade 26,41. Barmen 4,10. Leipzig 66,09. Augsburg 31,86. Würzburg 10,91. Nürnberg 1,20. Bayreuth 10,34. Chemnitz 7,97. Halle 28,12. Erfurt 12,51. Gotha 13,93. Stuttgart 13,88. Schwabsh. Gmünd 1,00. Braunschweig 2. Quartal 16,00; 3. Quartal 7,51. Konstanz 8,91. Landshut 22,30. Gießen 13,80. Summa 788,61. Ausgaben: An Zuschuß nach Braunschweig 16,00. Desgl. 46,91. Nach Schwabsh. Gmünd 7,90. Nach Ulm 36,00. Nach Konstanz 31,00. 1000 Exemplare Statuten 23,50. 1000 Cautionsbücher 54,00. Für die Geschäftsführung pro 1874—75 30,00. Portoauslagen pro 3. Quartal 3,70. Summa 248,91. Einnahmen 788,61. Ausgaben 248,91. Bleibt Bestand 539,70. — Noch einmal möchten wir darauf aufmerksam, daß unter keinen Umständen Geld zurückgehalten werden darf; es ersucht dieses die Kontrolle. Die Abrechnungen pro Oktober müssen gleich eingesandt werden. Wir erwarten, daß die Einnahmen gleichzeitig die noch fehlenden Abrechnungen einfinden, damit doch endlich einmal Ordnung kommt. Die Abrechnung über die Protokolle erfolgt später separat. Mit brüderlichem Gruß  
Der Ausschuß.  
Im Auftr.: A. Kierz, Reustadt D. 201.  
H. Sobrey, Rühlgasse D. 72.

**Itzehoe**, 10. November. (An die Abonnenten des „Neuen Social-Demokrat.“) Da in der letzten Zeit häufig Unregelmäßigkeiten in der Zusendung des Blattes vorgekommen sind, welches darin seinen Grund hat, daß unser jetzt verstorbenen Parteigenosse Stange die Besorgung in Händen hatte und wir einen andern Boten anstellen mußten, so ersuche ich sämmtliche Leser, sich bei ähnlichen Vorkommnissen an die betreffenden Kommissionsmitglieder oder an Unterzeichneten zu wenden. Ich mache zugleich sämmtliche Wirthe bekannt, bei denen das Parteiorgan ausliegt: Schmahn, Kühn und Hahnemann in der Neustadt, Stadt Kiel; Westraße, Eggert; Hahnschmiede Hof, Breite Straße, Franzen, Peters und Jarren Sandberg, Müller Paaschburg und Klauen neben der Gasanstalt, außerdem liegt bei Lemig Hahnschmiede der „Vollstaad“ aus. Mit Gruß:  
J. Kahl, Vorst. der Zeitungscommission.

\* (Der Louisestäd. Handwerkerverein in Berlin) beschloß in seiner letzten Sitzung vom 6. ds. im Anschluß an einen vom Schriftsteller Behring gehaltenen Vortrag über die Reichthümer, einstimmig folgende Resolution: „Der Beschluß der sächsischen Behörden, nach welchem die Uebernahme der Reichthümer abgelehnt wurde, ist eine große Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der kleinen Handwerker und der arbeitenden Bevölkerung, welche dem Bürger Vortheil leistet, und ist es zu bedauern, daß der Magistrat und die „Vertreter“ der Stadt nicht mehr Verständnis für den fast beständigen Nothstand des Volkes haben.“

### Bermischtes.

\* (Das Ende eines Gründers.) „Der frühere Bankdirektor einer jetzt liquidirenden Bank sucht Stellung als Hausknecht oder Portier. Adressen unter K. 6 in der Expedition dieser Zeitung.“ — Also zu lesen im Inseratentheil der „Vossischen Zeitung“.

Die Volksversammlung in Altona am vorigen Freitag, in welcher Parteifreund Vebel referierte, ist in Folge einer Kritik des oft unberechtigten „Auflösens“ seitens des Parteigenossen Gundlach wieder der Auflösung anheimgefallen. Wie wir sehen, wird also weder für den Socialismus seitens seiner hochloblichen Gegner agitiert.

### Zur Beachtung.

Die Adresse des Secretariats der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ist jetzt  
Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.  
C. Derossi.

### Zur Beachtung.

Parteigenossen der Provinz Brandenburg, welche Redner wünschen, haben sich dieshalb an G. Köhler, Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz 8a., 2. Hof, 2 Treppen, zu wenden.

### Briefkasten.

In den nächsten Wochen findet in Berlin eine größere Zahl Volksversammlungen statt. Ich erwarte von den Genossen, daß sie den bewährten Eifer nicht erkalten lassen, sowohl in diesen, wie in den Bezirks-Versammlungen zahlreich erscheinen und für Weiterverbreitung sorgen werden.  
In der Volksversammlung am Sonntag ist die Subscriptionsliste Nr. 55, auf Antr. ausgefüllt, verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Den Finder bitte, dieselbe in der Expedition dieses Blattes abzuliefern.  
Für Berlin. Cultung. Von August Baumann drei Mark dankend erhalten.  
Die Parteigenossen, in deren Bereich sich der Cigarrenarbeiter Heinrich Michel aus Hanau befindet, ersuche ich freundlich, mir hiervon brieflich Mittheilung zu machen.  
J. Weise, Cassel, Hohenthorstr. 2.  
Kaiser Heinrich Kriesell aus Westpreußen, 1874 in Cassel, wird um seine Adresse gebeten. August Bürger. J. Weise, Agent.  
Johann Wegmann und Otto Junghans werden ersucht, ihren Aufenthalt kund zu thun wegen Uebermittlung eines Briefes.  
H. Grokmann. Th. Brombeil, Hamburg.

## Anzeigen.

**Berlin**, Dienstag, den 16. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schmiedel, „Bundeshallen“, Wallnertheaterstr. 15.  
**Große Generalversammlung sämmtlicher Zimmerleute Berlins und der Umgegend.**  
Tagesordnung sehr wichtig. Alle Mann müssen am Plage sein.  
(F. 98.) Das Comité. [3,00]  
(Die Dienstags-Versammlung bei Vogel fällt aus.)  
Donnerstag, 18. November, Abends 8 Uhr, bei Vogel, Alexanderstr. 31.  
**Ausführung Sitzung der Maurer-Kranken- u. Sterbekasse.** D. S. [1,00]  
Mittwoch, den 17. November, Abends 8 Uhr, bei Vogel, Alexanderstr. 31.  
**Mitglieder-Versammlung des Payer-Clubs.**  
Tagesordn.: Vortrag des Hrn. Grottkau. Verschiedenes und Fragelasten.  
(F. 63.) J. Dietrich. [1,80]  
**Versammlung sämmtlicher Tischlergesellen Berlins**  
Freitag, 19. Nov., Abends 8 Uhr, Sophienstr. 15.  
L.D.: Das Bestreben des Allg. Tischler-(Schreiner-) Vereins, wozu außer den Mitgliedern desselben die früheren Mitglieder der hieselbst bestehenden Holzarbeiter-Gewerkschaft, die Mitglieder des Ortsvereins der Tischler und des Tischlervereins speziell eingeladen werden. [3,40]  
Nur Tischler haben Zutritt.  
W. Schmidt.  
**Tischler Berlins!**  
In den demnächst stattfindenden öffentlichen Tischlerversammlungen seid auf dem Posten!  
(F. 100.) [1,20]  
Breal, Wienede, Webedind.

**Berlin**, Dienstag, 16. November, Abends 8 Uhr, in der Grätzel'schen Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, oberer Saal.  
**Gesellige Mitglieder-Versammlung des Vereins der Maler.**  
L.D.: Dringende Angelegenheiten. Alles erscheinen.  
In Vertretung: W. Ruckermann. [2,60]  
Mittwoch, den 17. November, Abends 8 Uhr, in Grätzel'schen Bierhallen (oberer Saal),  
**Große öffentliche Schneider-Versammlung.**  
L.D.: Die Hülsenkrankenlisten. Ref.: Herr Jabel. — Es ist Pflicht eines Jeden, am Plage zu sein. A. Sedatts. [1,60]  
Mittwoch, 17. November, Abends 8 Uhr, im Englischen Tivoli, Kirchen-Allee,  
**Versammlung der Interessenten der Zimmerer-Unterstützungskasse.**  
Tagesordn.: 1) Unterstützungsgesuche. — 2) Betreffs der Stellung zum Verein.  
(F. 40.) L. Pfeiffer. [2,20]  
Donnerstag, 18. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, im Salon zum Roland, 1. Jakobstr. 19,  
**Sitzung der Agitations-Kommission des Allg. deutschen Gips- und Stuckateur-Vereins.**  
(F. 1.) [1,80]  
Donnerstag, 18. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Häbner, große Rosenstraße 37,  
**Gesell. Mitglieder-Versammlung des Allg. deutsch. Töpfervereins.**  
L.D.: Der Streik der Buchbinder und Verschiedenes. S. Halle. [1,80]  
(F. 116.) [1,20]  
2 Parteigenossen finden freundl. Schlafstelle bei Grothe, Friedensstr. 82. [1,00]

**Altona**, Freitag, 19. November, Abends 8 Uhr, in Koppelman's Salon, Gr. Rosenstr.,  
**Volksversammlung.**  
Tagesordn.: Vortrag. Parteigenossen, sorgt für weiteste Verbreitung. Gundlach. [1,80]  
Mittwoch, 17. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in Koppelman's Salon, gr. Rosenstr.,  
**Sozialisten-Versammlung.**  
L.D.: Die Altona'sche Angelegenheit. Ref.: Herr Derossi. J. A.: S. Brasch. [1,80]  
**Vorläufige Anzeige.**  
Altona, den 29. November, in Koppelman's Salon, große Rosenstr.,  
**Concert und Ball.**  
Herrenkarten im Voraus 30 Pf., an der Kasse 45 Pf. Damenkarten im Voraus 10 Pf., an der Kasse 20 Pf.  
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.  
(F. 20.) Das Comité. [2,80]  
Donnerstag, 18. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeister's Salon,  
**Große Volksversammlung.**  
L.D.: Die Bier- und Petroleumsteuer, so wie die Strafgesetznovelle im deutschen Reichstage. Referent: Herr Richter aus Wandsbeck.  
Ich ersuche die Parteigenossen, für diese Versammlung zu agitieren.  
(F. 63.) H. Heerhold. [2,40]  
Sonntag, den 21. Nov., Nachm. 5 Uhr,  
**Oldesloe. Volksversammlung.**  
(F. 20.) Gundlach. [1,00]  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die beliebten Arbeiter-Kalender wieder eingetroffen sind.  
(F. 100.) J. Weise. [0,80]

**Altona, Ottenfen u. Umgegend.** Freitag, den 19. Novbr., Abends 8 Uhr, bei Herrn Kief, Große Bergstraße,  
**Mitglieder-Versammlung des Allg. deutsch. Maurer- und Steinhauer-Bundes.**  
L.D.: Verschiedenes. Die Generalversammlung der Maurer, Zimmerer und Maurer-Arbeitsleute vom 12. d. M. findet am 18. d. M. bei Herrn Kief statt.  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Tagesordnung ist die selbige, wie auf den Plakaten steht.  
(F. 20.) Bevollmächtigter. [3,40]  
Donnerstag, 18. Nov., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz am Markt,  
**Öffentliche Versammlung der Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeiter.**  
L.D.: Was wir wollen. Schröder. [2,20]  
Sonntag, 21. November, Nachmittags 4 Uhr, in „Tivoli“,  
**Große Volksversammlung.**  
Hierzu wird Hebermann und namentlich die Parteigenossen von Uetersen und Umgegend eingeladen.  
(F. 63.) Fr. Rethmeier. [2,20]  
Donnerstag, den 18. November, Abends 8 Uhr, in der Zimmererherberge,  
**Öffentliche Korporations-Versammlung.**  
Tagesordn.: 1) Die Gesetzesvorlagen in Betreff des Krankenversicherungswesens im deutschen Reichstage. — 2) Mittel und Wege zur Hebung der Korporation. Sämmtliche Korporationen und Arbeiter werden ersucht, zu erscheinen.  
(F. 100.) Chr. Starck. [2,40]  
Schlaff. Raumnstr. 3, v. 2 Tr. 6. Heuber.

**Bremen**, Freitag, den 19. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, in Cover's Hotel, Bahnhofstraße, (F. 67.) („Germanenhalle“). [2,00]  
**Gesellige Versammlung der Socialist. Arbeiterpartei.**  
L.D.: Vortrag. Verschiedenes. Bitte Alle, am Plage zu sein. Der Agent.  
**Wichtig für jeden Geschäfts- mann und Gewerbsgehilfen!**  
Bei Sturm & Koppe in Leipzig erschien u. ist durch die Expedition d. „Neuen Social-Demokrat.“ zu beziehen:  
**Rathgeber für Gewerbetreibende. Sprachlehre, zum Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht fest sind.** 2) Briefsteller, welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbetreibenden und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Dokumente, Geschäftsaufträge, Klageschriften u. enthält, die bei dem Gewerbestande vorkommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftl. Arbeiten nach diesen Mustern anzuverfolgen. 3) Buchhaltung. 4) Fremdwörterbuch. 5) Samml. v. Gesetzentwürfen. 6) Die für Gewerbetreibende wissenswürdigsten Reichsgesetze. 7) Notizen über Gold-, Silber- u. Papiergeld, mit Werthangabe des Geldes aller Staaten. 8) Das neue Maß- u. Gewichtssystem v. Deutschland u. allen Staaten der Erde. 9) Brief-, Paket- u. Depeschen-Portotarif. 10) Statist. Uebersicht aller Länder der Erde. 11) Ortsbeschreibungen der vorzügl. Städte v. Deutschland, Oesterreich, der Schweiz u. 12) Reise-Routen durch Deutschland, Oesterreich, die Schweiz u. 13) Der Schnellrechner beim Ein- und Verkauf. 14) Das Reichsstrafgesetzbuch. 3. verb. Aufl. Fr. brosch. 4,00. geb. 4,50. (F. 100.) [21,00]